

Friedensinitiative der Stadt Linz

Symposium Krieg gegen Terror -

Konfliktszenarien im 21. Jahrhundert und ihre Konsequenzen für die Friedens-
und Sicherheitspolitik

15. März 2002
Altes Rathaus, Linz

Thesen der ReferentInnen

*- Soweit nicht anders angegeben, wurden die vorliegenden Thesenpapiere
nach dem Informationsstand vom 31. Dezember 2001 erstellt -*

Mag.^a Katrin SIMHANDL
Dr. Rüdiger STIX
A.Univ.-Prof. Dr. Birgit SAUER
Prof. Dr. Ekkehart KRIPPENDORFF
Dr. Georg SCHÖFBÄNKER
BM a.D. Erwin LANC
Hon.-Prof. DDr. Erich REITER
Univ.-Prof. Dr. Manfred ROTTER

Kontakt: franz.leidenmuehler@jku.at

I.

11. September 2001: Auftakt zum „Clash of Civilizations“?

Katrin Simhandl

(Politologin, Wien)

Samuel Huntingtons Prognose eines Zusammenpralls der Kulturen und die internationale Sicherheitslage zu Beginn des 21. Jhdts.

Huntingtons *Clash of Civilizations* - ein politischer Essay

Samuel Huntingtons Artikel *Clash of Civilisations?* erschien 1993 in der Zeitschrift *Foreign Affairs*. Drei Jahre später legte der Autor seine Thesen in Buchform vor. Die Texte spiegeln weniger eine wissenschaftliche Auseinandersetzung wider; sie sind vielmehr als politische Essays einzustufen, die ein bestimmtes US-amerikanisches Selbstverständnis beschreiben. Bereits nachdem der Artikel in *Foreign Affairs* erschienen war, entwickelte sich eine rege Diskussion um Huntingtons Prognose über den Charakter der Konflikte des 21. Jahrhunderts. Nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon werden Huntingtons Thesen vermehrt - zustimmend wie ablehnend - aufgegriffen. Detaillierter wird auf seine Einschätzungen allerdings selten eingegangen, scheint der Titel doch bereits alles auszudrücken.

Huntington selbst äußert sich nach den Angriffen zurückhaltend: Er „bezeichnete es als größte Herausforderung, dass es Osama bin Laden nicht gelingen dürfe, „aus den Angriffen gegen die westliche Zivilgesellschaft einen Kampf der Kulturen zwischen dem Islam und dem Westen zu machen.“ Es sei wichtig gewesen, auch islamische Staaten in die „Anti-Terror-Allianz“ aufzunehmen, es solle vermittelt werden, dass der Krieg in Afghanistan kein Krieg gegen den Islam sei. (zit. Nach Der Standard, 16.10.2001)

Der Begriff des „11.September“ als Chiffre

Die Tatsache, dass nicht der Tathergang selbst benannt wird, wenn von den Anschlägen die Rede ist, sondern die Chiffre „11.September“ oder „nine-eleven“ benutzt wird, ist als Ausdruck allgemeiner Verunsicherung zu werten. Begriffe wie „Hintermänner“ und „Netzwerke“, die mit den Anschlägen in Zusammenhang gebracht werden, sowie die Fokussierung auf Osama bin Laden als Verantwortlichen tragen weiter zur Mystifizierung bei.

Die 11 Dimensionen der öffentlichen Diskussion nach dem „11.September“

Die öffentliche Diskussion nach dem „11.September“ wird entlang verschiedener Dimensionen diskutiert: 1.) Begrifflichkeiten um Kultur und Zivilisation und Huntingtons *Clash of Civilizations*, 2.) technische Themen und konkrete Sicherheitsfragen, 3.) kurz- und langfristige Auswirkungen auf US- und Weltwirtschaft, 4.) machtpolitische Faktoren inkl. selektive Aufwertung internationaler Organisationen, 5.) historische Dimension, 6.) völkerrechtliche Dimension, 7.) militär-strategische Dimension, 8.) innenpolitische Dimension, 9.) humanitäre Dimension, 10.) Dimension von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit inkl. *Gender*-Dimension, 11.) psychologische Dimension. Die Dimension des kulturellen Aspekts soll dabei als eine eigene und nicht als Querschnittsdimension begriffen werden. Die Vielzahl der Dimensionen zeigt die Komplexität von Ursache und Wirkung der Anschläge. Die Frage der Kultur ist eine von vielen und nicht die alles überlagernde Dimension.

Die politische Reaktion: Wandel in der Rhetorik

Der Wandel in der politischen Rhetorik in der Reaktion auf die Anschläge lässt sich in drei Phasen gliedern: 1. Phase: In den ersten Tagen sprach US-Präsident Bush vom Kampf „des Guten“ gegen „das Böse“ und von einem „Kreuzzug gegen den Terror“ (daneben fanden sich andere Angelpunkte US-amerikanischen Selbstverständnisses, etwa des Westens:

„Dead or Alive“, brachten doch die Cowboys „Zivilisation“ in die „Wildnis“). Europa antwortete den „amerikanischen Freunden“ mit „uneingeschränkter Solidarität“ (Gerhard Schröder). Begriffe wie „zivilisierte Welt“, „Zivilisation“ und „Kultur“ machten die Runde. US-Außenminister Colin Powell und der deutsche Bundeskanzler etwa orteten einen „Angriff auf die Zivilisation“.

Der Zivilisationsbegriff hat dabei einerseits einen einenden Charakter, man gehört einer gemeinsamen Zivilisation an. Auf dieser Basis fußt auch die Rhetorik der „Anti-Terror-Koalition“. Andererseits haftet dem Terrorismus die Idee der Überlegenheit gegenüber denjenigen an, die dieser Zivilisation nicht angehören, die es aber aufgrund der Dialektik von „zivilisierter“ und „unzivilisierter Welt“ geben muss.

Wurde selbst in den USA, die in ihrer politischen Kultur an eine starke, bildliche Rhetorik gewöhnt sind, Kritik an den Begrifflichkeiten geübt, fiel diese in Europa, vor allem in Deutschland, noch weit heftiger aus. Eine Ursache hierfür ist in der unterschiedlichen Bedeutungsgeschichte der Begriffe im Deutschen gegenüber dem Englischen und Französischen zu finden. Die Wertgeladenheit der Begriffe ist in dieser Tradition besonders deutlich. In der Spenglerschen Tradition wurde die als künstlich, oberflächlich und technisch verstandene „Zivilisation“ gerade als Gegenbegriff zu einer Leitvorstellung von „gewachsener“, „ursprünglicher“ und „tiefgründiger“ Kultur benutzt. Vor diesem Hintergrund wäre auch die deutsche Übersetzung von Huntingtons Titel *Clash of Civilizations* mit „Kampf der Kulturen“ genauer zu beleuchten. Erst Norbert Elias („Über den Prozeß der Zivilisationen“, 1939) reflektiert die Begriffe und versteht unter der Zivilisation den Prozess der Affektmodellierung, d.h. die Verinnerlichung von äußeren Normen, die Entwicklung und laufende Stärkung der Selbstkontrolle.

2. Phase: In der politischen Reaktion auf die Anschläge wurde später auf eine Rhetorik des Einschließens auch islamischer Länder und Kräfte eingeschwenkt. Dieses Einschwenken kann im Sinne Elias' als Affektmodellierung, d.h. als Zivilisationsprozess, verstanden werden. Nun wird die übergreifende „Allianz gegen den Terror“ in den Vordergrund gestellt und viele andere Aspekte des Verhältnisses zwischen den Staaten in den Hintergrund gedrängt. „Ideologische Kollateralschäden“ sollen vermieden werden.

3. Phase: In der Phase des konkreten militärischen Vorgehens gegen das Taliban-Regime dominiert das weitgehend alleinige Agieren der USA gegen ein „Schurkenregime“, nur punktuell wird auf Einheiten von Verbündeten zurückgegriffen. Diese Konstruktion ist keineswegs neu. Militärisch wie rhetorisch erscheint das Vorgehen traditionell.

Die vielzitierte „Allianz gegen den Terror“ deckt sich nicht mit Huntingtons Kulturkreisgrenzen. Ob die Anschläge vom 11. September 2001 und deren Folgen eine „Zeitwende“ darstellen, wie bisweilen behauptet wird, wird wohl erst mit einem zeitlichen Abstand zu beurteilen sein.

(6. Jänner 2002;

*Eine Langversion des Papiers ist bei der Autorin erhältlich:
katrin.simhandl@gmx.net)*

Rüdiger Stix

(Ministerialrat im Büro für Wehrpolitik, BMLV, Wien)

Samuel Huntingtons „Krieg der Kulturen“ als Fahndungsanleitung

Rückschau: *Die veröffentlichte Meinung hatte nach den Terrorangriffen des 11. September 2001 Probleme, die Terroristen beim Namen zu nennen, was sich in oft atemberaubenden Schwenks ausdrückte.*

Dies ging bekanntlich soweit, dass „racial and ethnical Profiling“ vor der Septemberwende verpönt war, manchmal sogar verboten, auf jeden Fall aber meist bestritten.

Unmittelbar nach dem 11. September jedoch wurden vorläufig Festgenommene plötzlich nur deswegen wieder freigelassen, weil sie weiße oder schwarze Hautfarbe hatten... was natürlich plausibel ist. Schließlich gab es keine dringend tatverdächtigen Japaner, Hutus, Tutsis oder Skandinavier.

Trotz dieses Einbruches im Meinungskorsett der „Political Correctness“, die lieber die Zwangsbeschützten einem Generalverdacht ausliefert, einer „Suspicion by Omission“, weil eine ehrliche Debatte über Fakten und Tatsachen vermieden werden soll, geriet ausgerechnet Samuel Huntington in heftige Kritik, als man ihm vorwarf, der Antiterrorkrieg (der Allianz von den USA über Russland bis China, Indien oder Pakistan) sei kein Kampf der Kulturen. Stimmt.

Aber Professor Huntington zu unterstellen, er habe Allianzen großer Mächte als „Krieg der Zivilisationen“ gewertet, das ist schlichtweg dumm und falsch.

Wo sind denn nun die Rekrutierungsreservate der Konflikte?

Samuel Huntingtons Hypothese war jedoch sehr wohl Grundlage für Analyse und Fahndung gegen die Terroristen, und es steht zu befürchten, dass Huntingtons Analyse auch für die zukünftigen Konflikte hoch aktuell bleibt.

Sehen wir uns nochmals das Beispiel des „ethnical and racial Profiling“ an.

Natürlich haben alle Ermittler sehr schnell nach einem bestimmten Tätertyp gesucht, der sich eben aus einem bestimmten Umfeld rekrutiert (welches natürlich nicht weiß, schwarz oder asiatisch geprägt war).

Wir erinnern uns daran, dass dieses Netzwerk weltweit verbunden ist, und über die USA und England von Hamburg bis nach Afghanistan gereicht hat.

Immerhin ist es den Attentätern auch gelungen, mitten unter den Augen und (elektronischen) Ohren der US-Behörden mehrere Teams zu rekrutieren, zu schulen und über eine beachtliche Zeitspanne und letztlich auch über einen halben Kontinent hinweg synchron bis in den eigenen Tod zu führen.

Jeder kann sich vorstellen, dass es innerhalb der westlichen Kultur auch mit viel Geld eher schwierig wäre, eine vergleichbare Anzahl von Selbstmordteams zu rekrutieren, zu schulen und synchron in den Tod zu schicken - und das alles, ohne rechtzeitig aufgeklärt zu werden, obwohl die bisherigen Terroranschläge (nicht zuletzt in den Garagen des World Trade Center) alle Fahnder verzweifelt suchen haben lassen.

Um nicht missverstanden zu werden. Selbstmordattentäter gibt es auch außerhalb religiöser oder nationaler, ideologischer Überzeugungen, man denke nur an die japanischen Roten Brigaden.

Dennoch ist ziemlich klar, dass es sich im Falle der Terroristen des 11. September nicht um eine Frage einer ethnischen Zugehörigkeit handelte, und auch die Berufung auf ihre Religion ist zumindest unter den offiziellen Lehrmeinungen aus der muslimischen Welt

umstritten, seien es nun die mäßigenden Aufrufe aus Kairo, oder auch die recht differenzierten Signale aus dem (schiitischen) Iran.

Dennoch war es offensichtlich innerhalb bestimmter, kulturell und wohl auch ethnisch und religiös definierten Gruppen möglich, derart entschlossene und schulungswillige Selbstmordattentäter unter Menschen zu rekrutieren, die unter ihren Hamburger Nachbarn und Mitstudenten genauso unauffällig gelebt haben, wie in den Nachbarschaften amerikanischer Vororte und Pilotenschulen in Florida.

Das, was die Attentäter und ihre Umgebung von den ansässigen Mitbewohnern unterschieden hat, das war weder die Staatsbürgerschaft, noch das Benehmen auf der Straße.

Der Unterschied war der Wertekanon, der sie dazu bereit machte, die Grundwerte des Landes, der Gesellschaft und der (westlichen) Kultur zu zerstören, in die sie sich selbst freiwillig und dem Anschein nach unauffällig eingegliedert haben.

Huntington trifft daher nicht nur alle US-Unilateralisten, wenn er mahnt, dass der Westen nicht das Maß aller Dinge dieser Erde ist.

Er trifft vor allem den Bauch aller Gutmeinenden und Gutgläubigen, die gehofft haben, dass die bloße Teilnahme am Wohlstand und den Werten westlicher Staaten den Frieden sichert, wenn Huntington die Folgen der Segregation der US-Gesellschaft und den Zerfall in konträr denkende und fühlende ethnische Gruppen und ihr kulturelles Selbstverständnis analysiert: *Die Verteidigung einer Gesellschaft ist gescheitert, wenn man sich nicht mehr darüber einigen kann, wofür man eigentlich das Leben seiner Soldaten aufs Spiel setzt...*

(Erschienen als Serie zu den aktuellen wehrpolitischen Diskussionen im SOLDAT)

Birgit Sauer

(A.Univ.-Prof. am Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien)

"Clash of Civilizations". Eine Theorie sucht ihre Empirie

Seit einigen Tagen haben die zunächst gesichtslosen Attentäter von New York und Washington Gesichter - mit braunen Augen, dunklem Teint, Bärten und Turbanen. Sie bilden eine visuelle Einheit mit dem Symbol des "Bösen", dem Führer todesbereiter Terrorgruppen, Usama Bin Laden. Nun werden stellvertretend "arabisch aussehende" Menschen beschimpft, bespuckt und angegriffen, muslimische Einrichtungen werden bedroht, Geschäfte zerstört. - Ist das, was seit dem 11. September passiert, der "Clash of civilizations", wie ihn der Harvard-Professor und Leiter des "Instituts für Strategische Studien", Samuel B. Huntington, seit Beginn der neunziger Jahre prophezeit? Hat also die provokante Theorie des Politologen wieder einmal ihre Empirie, ihre schrecklich-blutige Wirklichkeit gefunden? Die Eingängigkeit der Metapher vom "Zusammenprall der Kulturen" ist freilich nicht Ausweis ihrer Gültigkeit. Eine Theorie ist dann eine gute Theorie, wenn sie die Wirklichkeit nicht nur wiederholt und verdoppelt - egal ob vorher- oder nachhersagend -, sondern wenn sie die Wirklichkeit kritisch analysieren und zum Besseren verändern kann.

Der Ausgangspunkt von Huntingtons Buch ist die veränderte weltpolitische Konstellation nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus. Wurde die bipolare Ordnung des "Kalten Krieges" durch die Aufteilung der Welt in hegemoniale Einflussphären stabilisiert, so sind in der Ära neoliberaler Globalisierung die Nationalstaaten durch Migration, durch vagabundierende Produktionsstätten und Märkte in Frage gestellt. Deshalb, so Huntington, seien in der Post-Kalte-Kriegs-Ära Konflikte nicht mehr nationalstaatlich verankerter "ideologischer, politischer oder ökonomischer", sondern "kultureller Art". An die Stelle der bipolaren Staatenwelt sei eine multipolare Welt unterschiedlicher Kulturkreise getreten - die sinische, japanische, hinduistische, islamische, westliche, lateinamerikanische und afrikanische Kultur.

Kann man Huntington in der Diagnose der Restrukturierung der Weltpolitik noch folgen, so führen die folgenden vier Aspekte seines Kulturkreis-Theorems zu fatalen Fehlschlüssen:

Erstens: Auch wenn der Konnex von "Staat und Konflikt" erodiert, ist es fahrlässig, das Verschwinden von materiellen Interessen oder Machtgelüsten globaler Akteure, seien dies Staats- und Wirtschaftsmänner oder selbsternannte Führer, anzunehmen. Da Huntington den Zusammenhang zwischen Kultur und Ökonomie ignoriert, schreibt er Weltgeschichte so, als sei sie als Geschichte ökonomischer Herrschaftsverhältnisse an ihr Ende gelangt. Demgegenüber sind aber die Huntingtonschen "kulturellen" Konfliktkonstellationen Ergebnisse auch ökonomisch-hegemonialer Bedingungen. Auch die aktuellen Konflikte müssen in diesem Spannungsfeld begriffen werden.

Zweitens: Die Einteilung der Welt in multipolare Kulturkreise kommt als objektive Analyse daher, ist aber vielmehr Interpretation, und dazu noch eine oberflächliche: Denn was ist "der" Westen? Ist das McDonald's, Kapitalismus, Freiheit und Gleichheit, oder ist das Auschwitz? Was ist "der" Islam - lediglich Teil des "Rests" des Westens (so eine Kapitelüberschrift in Huntingtons Buch). Solch verallgemeinernde Catch all-Kategorien sperren sich einer differenzierten Betrachtung und bergen die Gefahr der Stereotypisierung und Feindbildproduktion. Huntingtons Metapher ist anschließbar an das Schmittsche Freund-Feind-Schema, das in Endlosschleifen Gegensätze generiert - das "Böse" gegen das "Gute", die "Zivilisierten" gegen die "Barbaren". Diese schlichten Muster erklären die Wirklichkeit nicht, sondern stützen sie auf instrumentalisierbare Ausschnitte zurecht.

Drittens: Huntington definiert Kulturen als distinkte ethnische Gruppen, Nationalitäten und Religionen und setzt diese Charakteristika als gegeben voraus. Doch kulturelle Differenzen sind "vorgestellte" Größen, die nicht einfach so existieren. Sie müssen mobilisiert werden,

um mit ihnen Politik zu machen oder Krieg zu führen. Huntington gibt vor, die Wirklichkeit zu beschreiben, und verschleiert damit die Produktion von Ideen wie "der" Westen oder "der" Islam zum Zwecke ihrer Instrumentalisierung für politische oder ökonomische Ziele, für Emotionen wie Hass und Eifer. Wen wundert es, wenn ein Wissenschaftler solche Verwirrung stiftet, dass die Menschen vor den Fernsehschirmen kaum noch unterscheiden können zwischen "dem" Islam und jenen Gruppen gewalttätiger Attentäter?

Viertens: Die Theorie des "Clashes of Civilizations" nimmt keine Menschen wahr, sie kennt nur "Kulturen". Sie kann deshalb keine Beweggründe verstehen, weder Hass und Verzweiflung, noch Gier und Zynismus. Es ist nicht "der Islam", der die menschenverachtende Aktion begangen hat, sondern es waren gewaltbereite Individuen, Menschen mit einer Geschichte. Auch die Opfer des Attentats sind Menschen, die Trauer um sie bedarf emotionaler und mentaler Räume, für die die Huntingtonsche dichotome Zange zu eng ist. Auch um die derzeit viel gepriesenen westlichen "Werte" zu wahren, müssen Menschen als Akteure in den Blick genommen werden - wer sonst als Individuen sollen Träger von Menschenrechten und von Freiheit sein? Eine Theorie zur Veränderung der Wirklichkeit muss Menschen wahrnehmen und anerkennen, sonst wiederholt sie den Zynismus der Selbstmordattentäter oder jener Eskalateure, die Kabul "auslöschen" wollen. Deshalb ist der "Zusammenprall der Kulturen" eine schlechte Theorie.

(Erschienen als Kommentar im Falter Nr. 38/01, September 2001)

II.

Konfliktszenarien im 21. Jhdt. und ihre Konsequenzen für die Friedens- und Sicherheitspolitik

Ekkehart Krippendorff

(em. Prof. für Politikwissenschaft, Berlin)

Thesenpapier

Die Ereignisse vom 11. September 2001 waren ein Glücksfall für die derzeitige Machtelite der USA (weshalb die Möglichkeit nicht als völlig krankhaft und absurd von der Hand zu weisen ist, daß eines Tages - in 30 Jahren - die freigegebenen Akten erkennen lassen, daß die amerikanischen Geheimdienste von den bevorstehenden Attentaten gewußt, sie aber bewußt nicht verhindert haben...): das besonders rücksichtslose Primat amerikanischer wirtschaftspolitischer Interessen im globalen Maßstab, das sich in zahlreichen Indizien als Charakteristikum der Bush-Regierung bereits angekündigt hatten (Ausstieg aus dem Kyoto-Abkommen, aktive Verhinderung eines Weltstraftgerichtshofes, Aufkündigung des ABM-Vertrages etc.), kann jetzt gewissermaßen ohne politischen Gegenwind durchgesetzt werden.

Die Welt-Staatengesellschaft ist nicht zuletzt militärisch eingeschüchtert, man könnte auch sagen „gleichgeschaltet“ - insofern als jede politische Klasse jedes Staates, der sich den amerikanischen Stabilitätsinteressen als Voraussetzung amerikanischer Globalisierung nicht ein- oder unterordnet, in ihrem politischen Überleben gefährdet ist. Darum die nur scheinbar übereilte Erklärung „bedingungsloser Solidarität“ von allen Seiten.

Das geht gut dort, wo - wie in Europa - die Wohlstandsgesellschaften teilhaben an der Pax Americana, Gesellschaft und politische Klasse also vergleichsweise solidarische Interessen haben. Es führt aber dort zu Spannungen und offenen Konflikten, wo die politische Macht nicht durch Konsens sondern überwiegend durch verschiedene und differenzierte Formen der Gewalt legalisiert, also nicht ideologisch legitimiert ist. Solche Regierungen - und das sind die meisten der ärmeren Länder und Leidtragenden der kapitalistischen Globalisierung - werden zerrieben zwischen der Szylla amerikanischer Unterwerfungsforderungen und der Charybdis der Frustrationen und Verbitterung ihrer verelenden Bevölkerungen.

Wie dünn die Legitimitätsdecke eines Großteils der erst im 20. Jahrhundert und ohne den Willen ihrer Bevölkerungen geschaffenen Staaten ist, haben wir anlässlich des Zerfalls der Sowjetunion erfahren. Nur wenige der politischen Klassen haben sich durch gutes Regieren legitimiert. Da sie sich alle auf organisierte Gewalt zur letztlichen Aufrechterhaltung von Regierungsmacht stützen - sprich: auf Militär - ist bewaffnete Gewalt zur Durchsetzung sozialer, ethnischer oder anderer sub-staatlicher Identitätsinteressen, von politischen Aufsteigern opportunistisch instrumentalisiert, solchen Desintegrationsprozessen endemisch.

(2. Jänner 2002)

Konfliktszenarien im 21. Jhdt. und ihre Konsequenzen für die Friedens- und Sicherheitspolitik

Der Titel "Konfliktszenarien im 21. Jhdt. und ihre Konsequenzen für die Friedens- und Sicherheitspolitik" ist im Prinzip ein Freibrief für weitläufiges Räsonieren. Aber, man stelle sich vor, 1902 hätten ähnliche Geister guten Willens zusammengesessen und gleiches vorgehabt. Auch die besten Prognostiker hätten vor etlichen Entwicklungen im 20. Jhdt. kapitulieren müssen, die schlechtweg nicht vorhersehbar waren: Die wissenschaftlich-technologische Dynamik (Mechanisierung der Arbeits- und Lebenswelt, Kernspaltung, Bio- und Informationstechnologie); die beginnende Globalisierung in wirtschaftlicher und ideologischer Hinsicht, all das war über einen großen Zeitraum nicht vorhersehbar. So ist es auch nach dem 11. September 2001. Die Versuchung, hier konkrete Konfliktperspektiven, gar langfristige für das 21. Jhdt. angeben zu wollen, kann nur unpräzise sein, wenngleich sich die Konfliktursachen und allgemeine Trends ohne weiteres benennen lassen. Konfliktszenarien für die nächsten Monate und ein paar Jahre lassen sich begründet prognostizieren, aber alles was länger währt, fällt ins Gedankenreich unseriöser Spekulation.

Wir wollen unseren Beitrag deshalb präziser fassen: Der 11. September und die neue Weltordnung aus Sicht der USA. Wem nützt dies? Wem schadet dies? Wie wird dieses Ereignis der Weltpolitik von wem instrumentalisiert? Welche Lehren oder gar neue Ideologien werden daraus abgeleitet?

Ein Kampf der Kulturen findet nur in der Wahrnehmung von Extremisten statt

Der von Huntington in den 90er Jahren prophezeite Kampf der Kulturen existiert gemessen an der gegenwärtigen Weltordnung überhaupt nicht. Der Kalte Krieg ging unblutig zu Ende. Ein nahezu 50-jähriger Systemkonflikt. Das US-Rüstungsbudget erlebte in den 90er Jahren einen Einbruch. Ein neuer Systemkonflikt, der sich publikumswirksam vermarkten ließ, mußte aus Sicht des militärisch-industriellen Komplexes der USA dringlichst gefunden werden. Huntingtons Konzept vom Kampf der Kulturen kann als Auftragsstudie der 'US-Bedrohungsindustrie' gelesen werden, als dringliche Suche nach einem neuen Feindbild. Huntingtons Konzept weist vor allem einen großen Fehler auf: Sein Ansatz unterstellt eine Konfliktnotwendigkeit, die immanent nicht auflösbar ist, sondern als systemnotwendig unterstellt wird.

Nach dem 11. September. Eine neue Weltordnung wird beschworen, eine neue Ideologie geboren: "Krieg dem Terrorismus"

Die schwerstkriminellen Verbrecher, die die Anschläge des 11. September zu verantworten haben, müssen zur Verantwortung gezogen und einem rechtsstaatlichen Strafverfahren zugeführt werden. Alles andere bedeutet eine moralische und propagandistische Aufwertung dieser Täter und ihrer Hintermänner. Es waren kaum zwei Tage vergangen, da wurde von der US-Politik bereits ein Schuldiger präsentiert, Osama Bin Laden und sein Al Qaida Netzwerk. Es waren keine zwei Wochen vergangen, und es wurde eine Kriegserklärung seitens der US an potentiell 60 Staaten dieser Welt vorgenommen. "Lieblingsfeinde" der derzeitigen US-Regierung, die nachweislich nichts mit dem Al Qaida Terrorismus zu tun haben, wurden als potentielle Angriffsziele für US-Militäroperationen genannt. Sowohl die Beteiligung der US-Politik am Heranwachsen der Al Qaida durch die geheimdienstliche Finanzierung und Ausbildung der sog. afghanischen Widerstandskämpfer, wie auch die geostrategischen Interessen der USA in der Region zum Bau einer Ölpipeline in Afghanistan (der jetzige von den USA eingesetzte Präsident Karsai war Vermittler für die US-Ölfirma Unocal) wurden im öffentlichen Diskurs bislang vernachlässigt. Genausowenig wurde bislang der Blutzoll dieser US-Intervention beachtet. Die Opferbilanz ist wesentlich höher als im Balkan-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien und dürfte bis dato in der Größenordnung von 3.000 bis 6.000 getöteten Zivilisten und Kämpfern liegen.

Aus den bisherigen Erfahrungen dieses "Afghanistan-Feldzuges gegen den Terrorismus" sowie aus der Ankündigungspolitik der gegenwärtigen US-Regierung läßt sich mittelfristig folgendes prognostizieren:

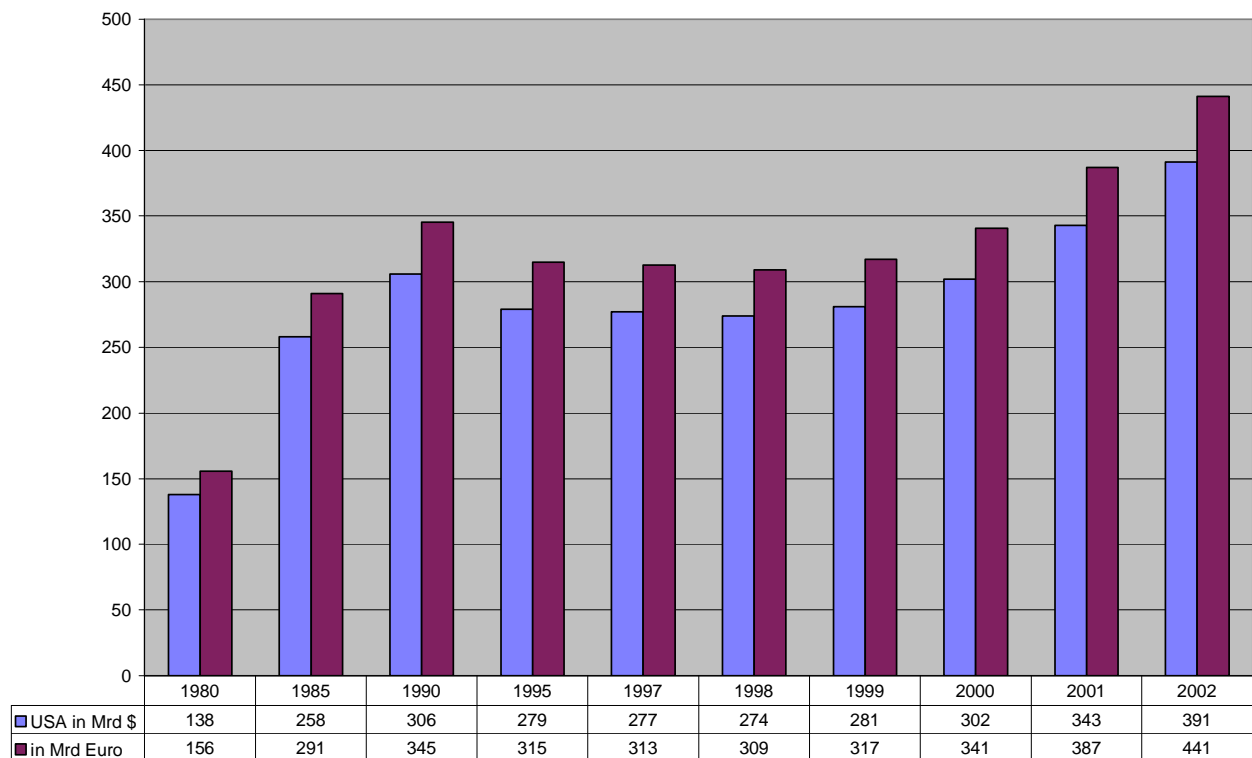
- Die gegenwärtige Regierung der USA (eine Verallgemeinerung im Sinne von "die USA" oder "deren Bürger" ist mE unzulässig, es ist hier lediglich die Rede von der gegenwärtigen Regierung der USA; wenn im folgenden "USA" bezeichnet wird, so ist dies zu beachten) betrachtet sich als über dem internationalen Recht stehend, glaubt an dieses nicht gebunden zu sein, und alle multilateralen Verpflichtungen, die Vorgängerregierungen eingegangen sind, nicht beachten und befolgen zu müssen. Sie betrachtet die USA in nahezu autistischer Weise als alleine befugt und berechtigt, jede nur erdenkliche politische, ökonomische, geheimdienstlich-verdeckte oder offen angekündigte militärische Operation gegen wen auch immer zu ergreifen, sobald das "Argument des Bösen" des Terrorismus in Anschlag gebracht wird.
- Das moralische und intellektuelle Niveau dieses Arguments ist nur geringfügig über jenem der Al Qaida-Führung und Osama Bin Ladens angesiedelt. Es ist geeignet, zu einem sich selbst verstärkenden Bedrohungsargument seitens "der Terroristen" und "der USA" zu werden.
- Die gegenwärtige US-Regierung verfolgt einen militärpolitischen Kurs, der mittelfristig auf zahlreiche Angriffskriege gegen verschiedene sog. "Schurkenstaaten" ausgelegt ist, die mit dem 11.Sept nichts zu tun haben. Es wurde etwa krampfhaft versucht, das Regime des Saddam Hussein sowohl mit den Anschlägen des 11.Sept, wie auch mit den Anthrax-Anschlägen in den USA Verbindung zu bringen. Nichts davon stimmt.
- Die militärstrategische Ausrichtung der USA zielt seit langem auf eine völlige militärische Weltherrschaft. Verschiedensten neue Technologien, vor allem weltraumgestützte, sollen es in Zukunft ohne eigene Verluste ermöglichen, praktisch jeden Punkt der Erde "unter Feuer" zu nehmen, einerseits mit optimierten konventionellen Waffen andererseits auch mit dem altbekannten Arsenal an Kernwaffen.
- Bereits vor dem 11. Sept. waren all jene militärischen Planungen dazu fertig entwickelt und abgeschlossen. Es fehlte der entscheidende politische Kristallisationspunkt, um die bis zum Ende der Clinton-Regierung noch multilateral orientierte Außen-, Militär- und Sicherheitspolitik gänzlich umzupolen. Dies ist mit den Ereignissen des 11.Sept. geschehen. Im Angesicht der realen Machtverhältnisse zwischen Osama Bin Laden und Al Qaida auf der einen Seite, die eine autoritäre und totalitäre, faschistoid zu nennenden terroristische Vereinigung darstellt, und den USA, eine der ältesten Demokratien der Welt, die vielen westeuropäischen Staaten in den zweiten Hälfte des 20. Jhdts. als Leitbild dienten, stellt sich folgende entscheidende Frage für die Zukunft: Was ist die größere Bedrohung für den Weltfrieden? Eine terroristische Vereinigung wie die Al Qaida oder eine Supermacht, die sich an keine Verpflichtungen mehr gebunden fühlt und rücksichtslos ihre eigenen ökonomischen, geopolitischen und militärischen Interessen durchsetzt?

Die Welt hat mit dem 11.Sept. ein neues großes Problem aufgehalst bekommen. Und dieses Problem heißt neben dem allseits benannten "Terrorismus" auch "USA". Nicht ihre Verfassung, ihre Ideale, ihre Bürger, aber die gegenwärtige Regierung und der Krake des militärisch-industriellen Komplexes und der Geheimdienste. Es bleibt abzuwarten, ob sich "die USA" selbst zu jenem "Super-Schurkenstaat" entwickeln werden, ein Begriff, den Samuel Huntington selbst geprägt hat, um darzustellen, wie die USA in anderen Regionen der Welt wahrgenommen werden.

Kurzfristig wird sich die Welt einem Unilateralismus der USA gegenübersehen, der in der jüngeren Geschichte unbekannt ist. Mit dem Ausscheren der USA aus zahlreichen wichtigen Rüstungskontrollvereinbarungen und der generellen ideologischen Ablehnung der Verrechtlichung des internationalen politischen Systems wird mittelfristig sowohl die Proliferation von Massenvernichtungswaffen zunehmen wie es auch zu einer Koalitionsbildung gegen die USA kommen wird. Der politische Wille der USA, einen

Angriffskrieg gegen den Irak zu führen ist bereits vorhanden. Die Osama Bin Ladens dieser Welt sind damit jedoch nicht abzuschrecken.

US Rüstungs- und Militärbudget 1980-2002



(25. Februar 2002, oisr@aon.at)

III.

Die Welt nach dem 11. September 2001: Von kollektiver Betroffenheit zu sicherheitspolitischen Konsequenzen

Erwin Lanc

(Bundesminister a.D., Internationales Institut für den Frieden, Wien)

Thesen

1. Terror ist in Ursache und Auswirkung so vielgestaltig, daß es keine generell anwendbare militärische Gegenstrategie gibt.
2. Der Gegenschlag nach dem Terroranschlag kann nicht gegen jene geführt werden, die im konkreten Fall unabsichtlich den Terroristen ihre Vorbereitungen ermöglicht haben, aber NATO-Partner sind.
3. Die Rächung der Beistellung von scheinbar Terroranschläge rechtfertigender Ideologie durch Flächenbombardements kann nur in Ausnahmefällen die solcherart Schuldigen treffen. Eher trifft sie unschuldige Zivilisten.
4. Die Identifizierung von Personen, die gegen ihrer Meinung nach global Übermächtigen selber Gewalt anzuwenden bereit sind, kann nur von politisch geführten polizeilichen Spezialeinheiten durchgeführt werden. Der mögliche Erfolg liegt aber eher im Bereich der Prävention. Absoluten Schutz gegen Terror gibt es ebensowenig wie gegen andere Gewaltverbrechen.
5. Die konsequente Weiterführung der Gegenschlagstheorie („war against terrorism“), die nach dem 11. September 2001 entwickelt wurde, bedeutet
 1. die Hinrichtung des Angeklagten vor dem Schuldnachweis. Das ist Faustrecht.
 2. Die Inkaufnahme von nachweislich Unschuldigen als Opfer des Gegenschlages. Das ist Kriegsverbrechen ohne erklärten Krieg.

Daraus ergibt sich zwingend:

6. Jener Bereich des Völkerrechts, der gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen klassischen Kriegsparteien geregelt hat, ist um die neuen Erscheinungsformen von Krieg oder kriegsähnlichen Gewaltanwendungen, auch innerhalb von Staaten, zu erweitern und im Vollzug einer internationalen Gerichtsbarkeit zu unterstellen, die ihrerseits das zur Rechtserzwingung nötige Gewaltpotential verfügbar haben muß.

Thesenblatt

Der 11. September 2001 hat einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass der internationale Terrorismus zu einer ernststen sicherheitspolitischen Herausforderung werden kann. Die Anschläge des 11. September 2001 stellen noch nicht unbedingt jene neue Form des Terrorismus dar, die Walter Laqueur in den Siebzigerjahren als eine ernste Bedrohung für die Menschheit klassifiziert hat. Die neuen Formen sehen nämlich den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln durch nichtstaatliche Terrorgruppen vor. Die neuen Formen des Terrorismus sind nicht nur geeignet, große Schäden und menschliches Leid anzurichten, wie dies am 11. September 2001 in New York und Washington geschah, sondern die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen zu beeinträchtigen, teilweise sogar auszuschalten bzw. ganze Städte zu liquidieren.

Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen für terroristische Zwecke wird dann erfolgen, wenn die bestehenden Hürden „genommen“ sind. Diese bestehen insbesondere in der Schwierigkeit der Verfügbarkeit von Nuklearkampfstoffen, in der Problematik des zielführenden Einsatzes von biologischen Waffen und in Hemmungen hinsichtlich des Einsatzes gewisser Kampfstoffe überhaupt. Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen wird wesentlich erleichtert, wenn ballistische Raketen zu ihrem Transport in den Besitz terroristischer Gruppen fallen sollten.

Im Schock hinsichtlich der Ereignisse des 11. September wurde die Debatte über die sicherheitspolitischen Konsequenzen keineswegs professionell, sondern überwiegend eher emotional geführt. Auch in der sicherheitspolitischen Debatte in Österreich gab es diverse unlogische Reaktionen und unrealistische Zielvorgaben. Letzteres ist insbesondere das häufig gestellte Verlangen, Sicherheitspolitik müsse künftighin in erster Linie die Ursachen des Terrorismus bekämpfen. Dieses Vorhaben ist ungemein schwierig, weil keine hinreichende Klarheit über die Ursachen des Terrorismus besteht bzw. „Ursachenbekämpfung“ in vielfacher Hinsicht nicht möglich ist.

Im Denken der österreichischen Bevölkerung war eine stärkere Rückkehr zum Neutralitätsdenken festzustellen; man wollte mit der Terrorgefahr nicht allzuviel zu tun haben und nach meiner Beurteilung scheint eine Mehrheit der Bevölkerung wenig bis nichts vom Gedanken der Solidarität bei der Bekämpfung des Terrors zu halten, sondern vielmehr ein Heraushalten aus dieser nun (stärker oder neu) erkannten Bedrohungsform anzustreben.

Die internationalen Beziehungen haben sich durch den 11. September nur in einzelnen Fällen verändert. Ja, generell kann man sagen, dass die internationalen Beziehungen im Wesentlichen gleich geblieben sind; bereits vor dem 11. September begonnene Entwicklungen haben sich beschleunigt (wie die amerikanisch-russischen Beziehungen). Eine Neuordnung der internationalen Beziehungen könnte sich aber aus den Ergebnissen des Kampfes gegen den Terrorismus bzw. der Art dieses Kampfes, seines Umfangs und von dabei heute noch nicht mit Sicherheit zu identifizierenden Konsequenzen in verschiedenen Ländern des asiatisch-afrikanischen Raumes ergeben.

Moderne sicherheitspolitische Konzepte beinhalten bereits seit einiger Zeit die Bedrohung durch die Beachtung der neuen Formen des Terrorismus als prioritär. Für moderne sicherheitspolitische Analytiker bedeuten die Ereignisse des 11. September 2001 deshalb keine Veränderung für ihre konzeptionelle Tätigkeit; vielmehr bestätigen sie diese. Die sicherheitspolitischen Konsequenzen aus dem 11. September 2001 sollten deshalb darin bestehen, sicherheitspolitische Analyse ernster zu nehmen als bisher und überhaupt Sicherheitspolitik als eine zentrale Aufgabe für moderne Staaten zu akzeptieren.

Sicherheitspolitische Konsequenzen des 11. September 2001

Sicherheitspolitische oder auch strategische Analysen haben von den politisch vorgegebenen Zielsetzungen auszugehen. Wie in allen anderen Bereichen der Politik gibt es auch hier keine absoluten, von gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen losgelöste Wahrheiten. Sicherheitspolitische Konsequenzen des 11. September lassen sich daher nicht wertfrei zwingend deduzieren. Die Frage ist nicht, gibt es sie, sondern vielmehr soll es sie geben.

Das dabei Erkenntnis leitende Interesse ist unweigerlich ideologisch definiert, wobei der Bewertung von Militärsystemen mit den ihnen eigenen Denkkategorien im Verbund demokratischer Gesellschaften eine richtungweisende Funktion zukommt.

Die einen werden im 11. September die erhoffte, um nicht zu sagen ersehnte, Bestärkung ihres emsigen Strebens sehen, Militärsystemen neue - in Wahrheit alte - Existenzberechtigung durch Beschwören monströser Gefahren nicht zuletzt im Sinne des so genannten umfassenden Sicherheitsbegriffes einzuhauchen. Die faktische Gefährdung des gesellschaftlichen Ranges der Militärsysteme durch das Ausklingen des Ost-West-Konfliktes scheint aus dieser Sicht überwunden. Auswüchse militärischer Sinnstiftung wie die "Green Helmets" (Soldaten im Umweltschutz) haben sich, so scheint's endgültig erübrigt.

Die anderen, nämlich jene, die den Militärsystemen kraft Sachlogik ihren - leider - unerlässlichen Platz in der Gesellschaft als Sicherungsinstrument belassen - belassen müssen -, sehen im 11. September die Gefahr eines neuerlichen Schubes der Neomilitarisierung demokratischer Gesellschaften über den engeren Verteidigungsbedarf hinaus. Sie haben gute Chancen, recht zu behalten.

Nach dem 11. September gibt es nichts, was es nicht schon vorher gegeben hat. Die globale Verteilung ökonomischer und militärischer Potentiale bleibt mit dem uneinholbaren Vorsprung der USA und der bestenfalls zweitrangigen Position der EU unverändert.

Auch das Handlungspotential terroristischer Organisationen ist strukturell gleich geblieben. Die Monstrosität der Verbrechen des 11. September liegt im Ausmaß der Folgen, aber nicht in der besonderen Komplexität der sie auslösenden Handlungsabläufe. Die skrupellose Einhaltung der seit den Anfängen der Flugzeugentführungen bestehenden Sicherheitsregeln hätte das Grauen und in der Folge den Krieg in Afghanistan unschwer vermieden.

Aber Krisen sind Aussteigersituationen. So gestatten sich die USA, eine der ältesten Demokratien der Welt, Sondergesetze zur strafrechtlichen Verfolgung von Terroristen, um dabei nicht durch über Jahrhunderte gewachsene rechtsstaatliche Verfahrensprinzipien behindert zu sein. Sie setzen nach den Zerfall des Taliban-Regimes mit großem Aufwand in Afghanistan eine provisorische Regierung ein, setzen sich aber über ihre wiederholt geäußerte Forderung, das Bombardement der Festung Tora Bora und ihre Kriegshandlungen auf afghanischem Gebiet einzustellen, hinweg, obgleich es keinen erkennbaren Grund für ihre Fortsetzung gibt.

Der NATO-Rat erklärt zunächst bedingt, dann endgültig den Verteidigungsfall des Bündnisses nach Art. V des NATO-Vertrages, obgleich kein Angriff durch einen Staat, sondern ein Verbrechen, wenn auch unerhörten Ausmaßes, geschehen ist, und drängt den USA militärische Unterstützung auf, die diese weder anfordern noch brauchen und die die NATO als Bündnis auch gar nicht aufzubringen in der Lage ist.

Die (rot-grüne) deutsche Bundesregierung bringt sich an den Rand der parlamentarischen Existenz, um deutsche Truppen endlich wieder an einem Krieg teilnehmen zu lassen und bekommen vom US-Verteidigungsminister Bescheid, dass gar kein Bedarf nach deutschen Truppen bestehe. Unter dessen unternimmt der deutsche Bundeskanzler unter dem Aspekt

der Terrorismusbekämpfung sehr zum Wohlgefallen des Russischen Präsidenten Putin auch gleich eine Neubewertung des Tschetschenienkrieges vor. Eine beispiellose Kehrtwendung nicht nur in der deutschen, sondern auch der Außenpolitik der EU.

Die Indische Regierung nimmt ein völlig sinn- und aussichtsloses Attentat irgendwelcher muslimischer Terroristen auf das Parlament in Neu Delhi zum Anlass, ihre sowohl moralisch als auch völkerrechtlich mehr als fragwürdige Position im Kaschmirkonflikt zum Kreuzzug gegen den Terrorismus zu stilisieren und gegen Pakistan militärisch einschließlich der Verlegung von Mittelstreckenraketen aufzumarschieren.

Auch wenn die ökonomischen und militärischen Potentiale in Relation zueinander gleich bleiben; auch wenn daher in einer Ziel-Mittel-Perspektive keine Notwendigkeit zur Änderung der bestehenden sicherheitspolitischen Konzepte besteht, so sehe ich die Gefahr, dass der 11. September die Überlagerung der bisherigen differenzierten Kriterien für die Wahrnehmung (Perzeption) der Abläufe im Internationalen System durch die Metapher "Terrorbekämpfung" einleitet. Dadurch würde der Blick auf die tatsächliche Komplexität internationaler Gestaltungsaufgaben und Problemlagen verstellt und die Gefahr simpler Deutungs- und Strategiemuster im Sinne einer undifferenzierten Freund-Feind Rasterung beschworen.

Eine solche Reduktion der Internationalen Beziehungen auf >Terrorabwehr< birgt vor allem die Gefahr, daß durch den reflexhaften Einsatz militärischer Gewalt als Sanktion gegen Terroranschläge die in Jahrzehnten - um nicht zu sagen Jahrhunderten- entwickelten Prinzipien und Regelungen zur Eindämmung zwischenstaatlicher Gewaltanwendung übersteuert werden. Dadurch würden nicht nur zivilisatorische Leistungen mehrerer Generationen zunichte gemacht, sondern vor allem die Intentionen terroristischer Organisationen gefördert werden. Denn sofern man überhaupt von einem Rationale terroristischer Aktionen sprechen kann, so besteht es im allgemeinen darin, mit einem vergleichsweise geringen Aufwand andere Akteure in den Dienst der eigenen Sache zu stellen und in deren Sinne zu Aktionen mit Effekten zu veranlassen, die die Terroraktion selber nicht bewirken könnte. Wenn nun beispielsweise die Indische Regierung durch den angesprochenen sinnlosen Terrorangriff auf das Indische Parlament zur Eröffnung eines veritablen Krieges gegen Pakistan legitimiert wird, so wäre es einer Handvoll Terroristen gelungen, eine ganze Region mit der Erwartung in einen Krieg zu hetzen, daß ihre Sache siegen werde.

Auf völkerrechtlicher Ebene muss daher Vorsorge dafür getroffen werden, dass das vom allgemeinen Gewaltverbot getragene System der Kollektiven Sicherheit der Satzung der Vereinten Nationen unter dem Aspekt der Terrorbekämpfung nicht weiteren Erosionen ausgesetzt wird. Die Anwendung militärischer Gewalt gegen Staaten, welchen Unterstützung von Terrororganisationen vorgeworfen wird, muss dem UN-Sicherheitsrat vorbehalten werden, dem nach Kapitel VI und vor allem Kapitel VII der Satzung alle dafür nötigen Kompetenzen übertragen sind. Andernfalls besteht die Gefahr, dass das Internationale System in ein Stadium ungeordneter Gewaltbereitschaft zurückfällt, wie wir es aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kennen.